



Haushalts- und Finanzausschuß

14. Sitzung (nicht öffentlich)

7. März 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 15.40 Uhr

Vorsitz: Leo Dautzenberg (CDU)

Stenographen: Günter Labes-Meckelnburg, Michael Endres,
Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

Thema: Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt"

auf Antrag der CDU-Fraktion

1

Staatssekretär Dr. Griese (MURL) erstattet hierzu Bericht und beantwortet Fragen von Abgeordneten.

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 (Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 - GFG 1996) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/402 und 12/690 (Ergänzung)

Ergebnis des Berichterstattergesprächs Vorlage 12/318

Bericht des

- Ausschusses für Kommunalpolitik Vorlage 12/440
- Verkehrsausschusses Vorlage 12/463

Weitere Vorlagen: 12/251, 12/273, 12/318, 12/519, 12/522 und 12/523,
2 Tischvorlagen (siehe Anlagen)

6

(Hinweis: Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/817 enthält sämtliche zur zweiten Lesung gefaßten Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse)

In der Gesamtabstimmung nimmt der Ausschuß den Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 12/402 und 12/690 - unter Einbeziehung der vom Ausschuß für Kommunalpolitik und vom Haushalts- und Finanzausschuß beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion an.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/400 und 12/690 (Ergänzung)

Drucksache 12/401 (Finanzbericht 1996)

Vorlage 12/486 (aktualisierte Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 1995 und 1996)

(Hinweis: Die Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 12/800 bis 12/816 enthalten sämtliche zur zweiten Lesung gefaßten Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse)

a) Berichterstattung der Fachausschüsse sowie Schlußberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Vorlagen 12/507, 12/517, 12/519, 17/520 und 12/523

Personaletat (aller Einzelpläne)

Bericht des Unterausschusses "Personal"

Vorlage 12/400

8

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung und einzelplanübergreifende Anträge (zum Sachhaushalt)

Ergebnis des Berichterstattergesprächs Vorlage 12/316

Bericht des

- Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Vorlage 12/501

- Rechtsausschusses

Vorlage 12/502

- Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Vorlage 12/439

Weitere Vorlagen: 12/287 (Einführungsbericht), 12/398, 12/466 und 12/521

11

Einzelplan 01 - Landtag

Ergebnis des Berichterstattergesprächs	Vorlage 12/301	
Bericht des		
- Hauptausschusses	Vorlage 12/401	
- Ausschusses für Europa und Eine-Welt-Politik	Vorlage 12/402	15

Einzelplan 03 - Innenministerium

Ergebnis des Berichterstattergesprächs	Vorlage 12/303	
Bericht des		
- Ausschusses für Innere Verwaltung	Vorlage 12/409 (Neudruck)	
- parlamentarischen Kontrollgremiums	Vorlage 12/410	
- Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung	Vorlage 12/411	16

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ergebnis des Berichterstattergesprächs	Vorlage 12/306	
Bericht des		
- Ausschusses für Wissenschaft und Forschung	Vorlage 12/417	17

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ergebnis des Berichterstattergesprächs	Vorlage 12/307	
Bericht des		
- Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge	Vorlage 12/418	
- Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie	Vorlage 12/420	
- Ausschusses für Migrationsangelegenheiten	Vorlage 12/462	18

b) Schlußberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung**Einzelplan 12 - Finanzministerium**

Ergebnis des Berichterstattergesprächs

Vorlage 12/312

Vorlage 12/256 (Erläuterungen)

18

In der Schlußabstimmung über das Haushaltsgesetz und den Gesamthaushalt nimmt der Ausschuß den Gesetzentwurf unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse nach Maßgabe der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zur zweiten Lesung an.

Zu: **Antrag 16 a (Vorlage 12/523)**

Zur ablehnenden Haltung der CDU-Fraktion verweist **Helmut Diegel (CDU)** darauf, daß seine Fraktion zur Verteilung der Mittel und zur Umsetzung des Ifo-Gutachtens einen anderen Ansatz verfolge.

Zu: **Antrag 17 (Vorlage 12/519)**

Dieser Antrag, begründet **Reinhold Trinius (SPD)**, beruhe auf der von den Koalitionsfraktionen in unterschiedlichen Ausschüssen beantragten Erhöhung der Mittel für die Honorierung der Mitarbeiter an Weiterbildungseinrichtungen. Dies habe Auswirkungen auf die Einzelpläne 05 und 07 sowie - als Befrachtung - beim Gemeindefinanzierungsgesetz. Um innerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes die Deckung für die Gleichstellung der Mitarbeiter an Volkshochschulen gegenüber Mitarbeitern an anderen Weiterbildungseinrichtungen zu erreichen, sei in § 16 Abs. 1 entsprechend der Erhöhung des Ansatzes in § 29 eine Senkung erforderlich.

Auf diese Weise werde, geht **Karl Meulenbergh (CDU)** darauf ein, mit dem Geld der Kommunen Politik betrieben und das GFG befrachtet. Da § 16 Abs. 1 acht Positionen enthalte, bitte er mitzuteilen, welche Positionen gekürzt werden sollten.

Dazu stellt **Reinhold Trinius (SPD)** fest, es handele sich bei § 16 Abs. 1 nicht um eine abschließende Aufzählung.

3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/400 und 12/690 (Ergänzung)

Drucksache 12/401 (Finanzbericht 1996)

Vorlage 12/486 (aktualisierte Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 1995 und 1996)

(Hinweis: Die Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksachen 12/800 bis 12/816 - mit den jeweils beigehefteten Berichten der Fachausschüsse enthalten sämtliche zur zweiten Lesung gefaßten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses, den Wortlaut aller gestellten Anträge mit

der jeweiligen Begründung, die Abstimmungsergebnisse sowie Ausführungen über die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen. In diesem Protokoll werden ausschließlich die Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die über die Darlegungen in den genannten Drucksachen hinausgehen.)

a) **Berichterstattung der Fachausschüsse sowie Schlußberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung**

Vorlagen 12/507, 12/517, 12/519, 12/520 und 12/523

Personaletat (aller Einzelpläne)

Bericht des Unterausschusses "Personal"
Vorlage 12/400

Zu: **Anträge HG/01, 04/07 und 04/08 (Vorlage 12/400)**

Reinhold Trinius (SPD) bittet, die obengenannten Anträge bis zur dritten Lesung zurückzustellen, da die Gesamtfraktion der SPD hierzu noch Beratungsbedarf habe. Er möchte von der Landesregierung wissen, inwieweit mit einem Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug mit Weiterungen und finanziellen Auswirkungen zu rechnen sei, und bittet darüber hinaus um eine Übersicht der einzelnen Maßnahmen und ihrer Begründungen. Seiner Ansicht nach habe der Weg über ein Gesetz einen anderen Charakter, als wenn in einem Einzelplan Stellen durch Umwandlung ausgewiesen würden.

Finanzminister Heinz Schleußer hält die Absicht, dem Haushaltsgesetz einen Artikel - Überleitungsgesetz - beizufügen, für ungewöhnlich und erinnert daran, daß es bisher lediglich eine von allen Fraktionen als Ausnahme bezeichnete Überleitung per Gesetz gegeben habe, nämlich bei der Polizei. Bei dieser Einmaligkeit sollte es bleiben, da es ansonsten im Justiz- und Finanzbereich in einer Reihe von nachgeordneten Behörden zwangsläufig zu Weiterungen käme. Insofern falle es ihm schwer, Verständnis für eine solche Entscheidung, die den Personalhaushalt zusätzlich belaste, aufzubringen, zumal es unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit allgemein als eine der größten Aufgaben gesehen werde, den Personalhaushalt beherrschbar zu halten.

Helmut Diegel (CDU) überrascht es, daß die SPD-Fraktion diese Problematik im Unterausschuß "Personal" nicht angesprochen habe. In der Zusammenarbeit zwischen Unterausschuß "Personal" und Haushalts- und Finanzausschuß gebe es die einvernehmliche Regelung, daß

die Voten des Unterausschusses im HFA automatisch akzeptiert würden. Wenn die SPD-Fraktion nun noch Beratungsbedarf sehe, wolle man dies ausnahmsweise anerkennen und darum bitten, dies in der zukünftigen Zusammenarbeit der beiden Ausschüsse auch als einmalige Ausnahme anzusehen.

Peter Bensmann (CDU) meint, nach sehr intensiven Gesprächen im Unterausschuß sei sich der Ausschuß in dem Ziel, ein Überleitungsgesetz im Haushaltsgesetz einzufügen, einig gewesen. Sollte diese Einigkeit überraschenderweise nicht mehr bestehen, müsse man das auch politisch kontrovers diskutieren. In der Sitzung sei deutlich gemacht worden, daß mit diesem Verfahren kein Präjudiz für andere Bereiche geschaffen werden solle.

Der Ausschuß stimmt dem SPD-Begehren, diese Anträge bis zur dritten Lesung zurückzustellen, einvernehmlich zu.

Zu: Stellenausschreibungen des MURL in der Wochenzeitung "Die Zeit"

Peter Bensmann (CDU) bezieht sich auf einen Brief des MURL an ihn und möchte vom Finanzminister erfahren, ob die Bewerberinnen und Bewerber aus kw-belasteten Verwaltungen des Landes einen Bewerbungsvorteil hätten. - **Finanzminister Heinz Schleußer** antwortet, er habe wiederholt dargestellt, es sei erklärtes Ziel der Landesregierung, daß bei gleicher Qualifikation die Bewerber aus kw-belasteten Bereichen selbstverständlich bevorzugt würden. An diese Beschlußlage habe er die Kolleginnen Höhn und Brunn erinnert.

Zu: Stellen für ein Schwulen- und Lesbenreferat

Dr. Stefan Bajöhr (GRÜNE) bittet hinsichtlich der von den Mehrheitsfraktionen vereinbarten Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferats, dessen Stellen durch interne Umschichtung im Einzelplan 07 erbracht werden sollten, darum, daß der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales bis zur dritten Lesung mitteile, wie er die Koalitionsvereinbarung zu erfüllen und wo er die vier hierfür vorgesehenen Stellen zu erwirtschaften gedenke. Zwischenzeitlich habe ihm nämlich der Minister geschrieben, daß ihm, dem Minister, die Erwirtschaftung dieser Stellen nicht möglich sei.

Ernst-Martin Walsken (SPD) merkt an, dieses Thema müsse im Unterausschuß "Personal" erörtert werden. Im übrigen begrüßte er es, wenn der zuständige Minister Dr. Horstmann eine politische Erklärung abgäbe, ob er ein solches Referat einzurichten beabsichtige. Alles weitere ließe sich vermutlich in der Praxis lösen.

Peter Bensmann (CDU) weist in diesem Zusammenhang auf das klare Gewaltenteilungsprinzip hin, auf das der Finanzminister immer Wert gelegt habe. Wenn von einer Fraktion organisatorische Veränderungen beantragt würden, werde man dies selbstverständlich im Unterausschuß "Personal" beraten. Er betrachte es andernfalls als einen Eingriff in die Zuständigkeit der Landesregierung seitens einer Fraktion.

Finanzminister Heinz Schleußer bekräftigt, jede Fraktion habe das Recht, Anträge, die bestimmte politische Schwerpunkte verstärkten, zu stellen. Bisher sei man allerdings davon ausgegangen, daß solche Begehren im Unterausschuß "Personal" mit entsprechenden Deckungsvorschlägen behandelt würden. Er gehe davon aus, daß bis zur dritten Lesung ein solcher Antrag vorliege.

Zu: Eingruppierung von Pressereferenten an Fachhochschulen - Antrag 06/14
(Vorlage 12/800, Anhang 1)

Volkmar Klein (CDU) meint, mit der nun vorliegenden Übersicht bestätigte sich die Befürchtung der CDU, daß es sich hier um eine "Lex Gelsenkirchen" handele; denn nach der Tabelle würden die meisten anderen Pressesprecher nicht anders bezahlt als der Pressesprecher in Gelsenkirchen bisher auch. Insofern müßte vom Gleichheitsgrundsatz her diese Einzelentscheidung aus dem Unterausschuß "Personal" revidiert werden.

Ernst-Martin Walsken (SPD) erläutert, analog zu der vorliegenden Liste hätte im Unterausschuß "Personal" der Zugang einer Stelle der Vergütungsgruppe I b/II a BAT und ein entsprechender Abgang einer Stelle der Vergütungsgruppe II a/III BAT beschlossen werden müssen. Im übrigen habe die Fachhochschule die Absicht, die Stelle mit einer zusätzlichen Funktion zu versehen, wolle aber die Beförderung erst aussprechen, wenn die Stelle auch entsprechend ausgewiesen worden sei. Insofern beiße sich hier - salopp gesagt - die Katze in den Schwanz.

Helmut Diegel (CDU) erinnert an den ausdrücklichen Hinweis seiner Fraktion im Unterausschuß "Personal", daß es sich hier nicht um eine "Lex Gelsenkirchen" handeln solle. Nach der Erläuterung von Herrn Walsken bitte er nunmehr, diesen Punkt wegen Beratungsbedarfs seitens seiner Fraktion bis zur dritten Lesung zurückzustellen. - Dem stimmt der **Ausschuß zu**. - **Finanzminister Heinz Schleußer** weist noch darauf hin, entweder seien tarifrechtliche Bedingungen zu erfüllen, dann müsse die Hebung der Stelle ohne politische Einwirkung vollzogen werden, oder sie würden nicht erfüllt, dann ließe sich dies nicht gut durch eine politische Umsetzung machen.

**Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung
und einzelplanübergreifende Anträge (zum Sachhaushalt)**

Ergebnis des Berichterstattegesprächs Vorlage 12/316

Bericht des

- Ausschusses für Schule und Weiterbildung Vorlage 12/501
- Rechtsausschusses Vorlage 12/502
- Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen Vorlage 12/439

Weitere Vorlagen: 12/287 (Einführungsbericht), 12/398, 12/466 und 12/521

Zu: SPD/GRÜNE-Antrag 14 (Vorlage 12/519)

Helmut Diegel (CDU) erklärt, seine Fraktion werde bei diesem Kürzungsantrag mit "Nein" stimmen, weil er nicht weit genug gehe. Es wäre konsequenter gewesen, wenn die Regierungsfaktionen dem CDU-Antrag gefolgt wären, die Verstärkungsmittel für Öffentlichkeitsarbeit ganz zu streichen. Der Antrag auf Kürzung um 4,5 Millionen DM bedeute, "halbe Sachen" zu machen; das spreche für diese Koalition.

Mit diesem Titel folge die Landesregierung der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, wonach Verstärkungsmittel ausdrücklich ausgewiesen werden müßten, erläutert **Reinhold Trinius (SPD)**. Deshalb werde es auch künftig bei diesem Titel bleiben. Die mit der Ergänzungsvorlage vorgenommene Ansatzserhöhung werde durch den Antrag wieder zurückgenommen, weil der ursprüngliche Ansatz nach Auffassung der Koalitionsfraktionen ausreiche.

Auf die Frage des **Helmut Diegel (CDU)**, wieviel Mittel aus diesem Titel denn in den letzten Jahren abgeflossen seien, antwortet **Minister Heinz Schleußer**, überwiegend sei aus dem Ansatz bislang die globale Minderausgabe gespeist worden. Die höchsten Ausgaben daraus lägen seines Wissens bei 800 000 DM.

Er wolle allerdings darauf vorbereitet sein, diese Mittel dann, wenn es notwendig sei, einsetzen zu können, ohne einen Nachtragshaushalt einzubringen oder einen anderen, komplizierteren Weg gehen zu müssen. Im übrigen sei dies keine Erfindung Nordrhein-Westfalens; er verweise auf das, was Bundesfinanzminister Waigel in viel größerem Umfang praktiziere.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, daß das Begehren des Verfassungsgerichtshofs längst erfüllt sei: Der VGH habe die seinerzeitige Praxis, aus diesem Titel

generell die sächlichen Verwaltungsausgaben zu verstärken, für unzulässig erklärt. Gegen die jetzige Praxis, Verstärkungstitel für konkret benannte Ausgaben einzurichten, sei verfassungsrechtlich nichts einzuwenden. Mit der Reduzierung des Ansatzes sei man auf einem guten Weg; er verstehe überhaupt nicht, weshalb die CDU-Fraktion diesen Antrag, der auf die GRÜNEN zurückgehe, ablehnen wolle.

Peter Bensmann (CDU) möchte vom Finanzminister wissen, ob er den anderen Ressorts denn tatsächlich die Möglichkeit einer 50%igen Ansatzerhöhung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zugestehe. - Er glaube nicht, daß der Finanzminister diesen Titel anrühren werde, entgegnet **Minister Heinz Schleußer**; er ressortiere aber aus gutem Grund im Einzelplan 20, weil nämlich die Ressortkollegen die Notwendigkeit einer Inanspruchnahme der Mittel ihm gegenüber begründen müßten. Dann könne in Ruhe darüber geredet werden. Wenn der Finanzminister anerkenne, daß es zum Wohle des Landes notwendig sei, Teile des Ansatzes oder auch die gesamten Mittel einzusetzen, werde das auch geschehen.

Zu: **SPD/GRÜNE-Antrag 1/Rechtsausschuß (Vorlage 12/502)**

Als Berichterstatter des Rechtsausschusses erläutert **Robert Krumbein-Neumann (SPD)**, die Koalitionsfraktionen hätten sich darauf verständigt, ein spezielles Programm für die Weiterbildung inhaftierter weiblicher Häftlinge durchzuführen, weil auf diesem Gebiet ein Defizit erkannt worden sei. In Absprache mit dem Fachressort sei ermittelt worden, daß bei der Frauenhaftanstalt Willich II ein erheblicher Renovierungs- und Erneuerungsbedarf der Ausbildungs- und Arbeitsbetriebe bestehe. Die vom Rechtsausschuß beschlossene Ansatz-erhöhung sei dafür bestimmt.

Helmut Diegel (CDU) stellt dazu fest, angesichts der Tatsache, daß seine Fraktion an den Beratungen des Fachausschusses - aus bekannten Gründen - nicht teilgenommen habe und die schriftliche Begründung in der Kürze der Zeit nicht nachvollziehbar sei, werde sich die CDU-Fraktion der Stimme enthalten.

Zu: **CDU-Antrag 20/2 (Vorlage 12/507)**

Minister Heinz Schleußer erinnert daran, daß beim Verfassungsgerichtshof in Münster ein Verfahren laufe, und fragt, ob es nicht sinnvoll sei, die Entscheidung abzuwarten. Der Antrag der CDU scheine ihm ein Vorgriff auf ein Urteil zu sein, das im Mai erwartet werde.

Da die CDU-Fraktion einen solchen Antrag auch schon im letzten Jahr gestellt habe, hält **Helmut Diegel (CDU)** es für logisch stringent, ihn auch dieses Jahr zu stellen. Er schließt: "Wenn wir in Münster verlieren, sind wir gute Verlierer. Hoffentlich Sie auch!"

Zu: **SPD/GRÜNE-Antrag 19 (Vorlage 12/523)**

Auf entsprechende Fragen des **Helmut Diegel (CDU)** erläutert **Dr. Manfred Busch (GRÜNE)**, mit dem Antrag solle erreicht werden, daß die Maßnahmen zur Integration behinderter Kinder in den Grundschulen fortgesetzt und verbessert werden könnten. Dazu sei neben der Bereitstellung zusätzlicher Lehrer auch die behindertengerechte Anpassung der Schulgebäude - Treppen, Fahrstühle usw. - erforderlich. Der Gesamtbedarf sei sicherlich wesentlich höher. Es gehe zunächst um ein Minimalprogramm, um in den Schulen, in denen die Integration durchgeführt werde, Anpassungsmaßnahmen vornehmen zu können. Bei den Haushaltsberatungen 1997 werde zu entscheiden sein, in welcher Form eine Aufstockung oder Weiterführung erfolge.

Helmut Diegel (CDU) äußert die Vermutung, daß es sich um einen Tropfen auf den heißen Stein handele. Er fragt, ob es schon Vorstellungen, Kriterien, Verteilungsmechanismen gebe, um den integrativen Ansatz für die Betroffenen umzusetzen. Wenn das nicht geschehen könne, weil die Mittel dafür nicht ausreichen, sollte das Projekt lieber zurückgestellt und zuerst ein sinnvolles Konzept mit vernünftigen Verteilungsmechanismen entwickelt werden.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) verdeutlicht den Hintergrund des Antrags: Aus verschiedenen Orten des Landes hätten sich Eltern gemeldet und beklagt, daß bauliche Mängel die Beschulung behinderter Kinder in den Grundschulen erschwerten und daß die Mittel aus dem Schulbautitel nicht ausreichen, um Abhilfe zu schaffen. Es gebe Anträge für ganz konkrete Vorhaben, aktuell beispielsweise in Bielefeld. Der Ansatz bedeute nicht die Erfüllung aller Wünsche; er ermögliche das, was den Koalitionsfraktionen im Haushaltsjahr 1996 machbar erscheine. Es sei ein Einstieg, damit Kinder nicht an räumlichen Barrieren scheiterten. Er meine, daß der Antrag von allen drei Fraktionen befürwortet werden sollte.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) bemerkt, es gehe um kleine Maßnahmen - manchmal um so profane Dinge wie Haltegriffe im Toilettenraum -, auf die Eltern und engagierte Lehrer aufmerksam gemacht hätten, die körperbehinderten Kindern die Chance gäben, in der Regelgrundschule am Unterricht teilzunehmen. Auch sie bitte die CDU-Fraktion, mitzumachen, ohne hierin einen Einstieg in das große Integrationskonzept zu sehen.

Helmut Diegel (CDU) möchte vom Finanzminister wissen, ob es nicht bereits Mittel für derartige Maßnahmen, beispielsweise im Rahmen der Schwerbehindertenabgabe, gebe.

Er regt an, sich Zeit zu nehmen, ein vernünftiges Konzept auf die Beine zu stellen und das gemeinsam zu tragen, statt jetzt Augenwischerei zu betreiben und 1,5 Millionen DM einzustellen, die dann nach dem Prinzip "Wer zuerst kommt, mahlt zuerst" verteilt würden.

Minister Heinz Schleußer antwortet, es gebe sicherlich andere Möglichkeiten, zu helfen. Andererseits glaube er, daß man ein Projekt sehr wohl mit 1,5 Millionen DM ausstatten könne, um einmal eine Vorzeigesache zu haben.

Volkmar Klein (CDU) wüßte in seiner 15 000-Einwohner-Gemeinde bei wenigen betroffenen behinderten Kindern schon 1,5 Millionen DM auszugeben. Für ihn liege die Vermutung nahe, daß hier ein ganz bestimmtes Projekt gefördert werden solle, was er jedoch nicht in Ordnung fände.

Wenn diese Vermutung aber nicht zutreffe, dann sei es sehr teuer, einen so kleinen Betrag auf alle Gemeinden aufzuteilen. Er stelle deshalb die Frage der Effizienz. Mit Haltegriffen in Toilettenräumen von irgendwelchen Schulen müsse sich nicht die Landesadministration beschäftigen, sondern das sollten die Kommunen selber erledigen. Sinnvoller wäre es, die Mittel für die Kommunen zu erhöhen, damit die notwendigen Maßnahmen im Sinne der Subsidiarität auf lokaler Ebene durchgeführt werden könnten.

Für den **Vorsitzenden Leo Dautzenberg** stellt sich noch die formale Frage, warum für dieses Anliegen ein Titel im Einzelplan 20 eingerichtet werden solle. Sinnvoller erschiene es ihm, die Schulbaumittel zweckgebunden aufzustocken.

Die Einordnung in Kapitel 20 030 - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer - werfe zudem die Frage auf, ob diese Mittel von dem originären Anteil der Kommunen an der Einkommensteuer abgezogen würden, so daß die Kommunen das im Grunde selber bezahlen müßten.

Minister Heinz Schleußer versichert, der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer bleibe unangetastet. Irritationen könnten vielleicht durch den Titel entstehen; er wisse auch nicht, warum keine Ausweisung bei den Schulbaumitteln erfolge. Es seien aber zweifelsfrei Landesmittel, die zusätzlich ausgegeben würden.

Angesichts der geäußerten Zweifel stellt **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)** klar, es gehe hier nicht darum, ein bestimmtes Projekt zu fördern. Andererseits sei auch keine Verteilung quer über alle Schulgebäude im Land vorgesehen. Das Ziel sei, die Schulen, die an dem Modellversuch zur integrativen Beschulung behinderter Kinder beteiligt seien, optimal auszustatten. Insofern handele es sich um eine Anfinanzierung, und für das nächste Haushaltsjahr werde man zu entscheiden haben, wie es weitergehe.

Einzelplan 01 - Landtag

Ergebnis des Berichterstattergesprächs	Vorlage 12/301
Bericht des	
- Hauptausschusses	Vorlage 12/401
- Ausschusses für Europa und Eine-Welt-Politik	Vorlage 12/402

Zu: Gesamtabstimmung

Helmut Diegel (CDU) gibt zum Abstimmungsverhalten seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Es habe sich, insbesondere aufgrund der letzten Sitzung des Hauptausschusses, eine neue Situation ergeben, die darauf beruhe, daß Gespräche zum KPMG-Gutachten bisher nicht stattgefunden hätten und auf das Drängen der CDU-Fraktion im Hauptausschuß, das Gutachten schneller umzusetzen, bisher keine Reaktion erfolgt sei. Die CDU-Fraktion könne deshalb - auch wenn dies vermutlich in der 50jährigen Geschichte des Landtags das erste Mal sei - dem Einzelplan 01 nicht zustimmen.

Dies bedeute nicht, daß seine Fraktion nicht zur dritten Lesung noch beweglich sein könne - allerdings nur dann, wenn das Gespräch, das der Landtagspräsident für den 12. März terminiert habe, erkennen lasse, daß zumindest die Bereitschaft zu Gesprächen über die Umsetzung des KPMG-Gutachtens bestehe.

Er bitte um Verständnis und hoffe zugleich, daß die notwendigen Signale, die zumindest die Opposition vom Landtagspräsidenten erbeten habe, sichtbar würden, so daß beim Einzelplan 01 doch wieder ein gemeinsames Abstimmungsverhalten möglich sein werde.

Wenn er sich einen kollegialen Rat erlauben dürfe, meint **Reinhold Trinius (SPD)**, würde er sagen, daß die CDU-Fraktion gleichwohl gut beraten wäre, dem Einzelplan 01 zuzustimmen. Die Schwierigkeiten, die sie habe, könne sie seines Erachtens auch andernorts auf die gebotene Art und Weise austragen - mit gleicher Aussicht auf Erfolg, vielleicht mit größerer.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) schließt sich der Bitte ihres Vorredners an, beim Haushalt des Parlaments vielleicht doch zu einem gemeinsamem Votum zu kommen. In ihrer Fraktion sei die Bereitschaft zur Umsetzung des Gutachtens "mehr als nur vorhanden". Es sei auch Wille der SPD, darüber nachzudenken, was man aus dem Gutachten machen könne, und zwar in allernächster Zeit.

Direktor beim Landtag Heinrich A. Große-Sender fügt hinzu, der Landtagspräsident habe sowohl gegenüber dem Präsidium als auch im Hauptausschuß deutlich gemacht, daß er zu jeder Zeit gesprächsbereit sei und mit Hochdruck an der Umsetzung des Gutachtens arbeite.

Er habe bereits erste Signale gesetzt und seinen Fahrplan im Hauptausschuß und im Präsidium unter Zustimmung aller Beteiligten dargelegt.

Daß das Spitzengespräch erst am 12. März stattfinde, habe lediglich mit Terminschwierigkeiten zu tun. Möglicherweise wäre es noch in dieser Woche dazu gekommen, aber der Präsident sei leider erkrankt.

Helmut Diegel (CDU) gibt zu verstehen, daß er sich nicht leichttue. Er räume auch ein, daß seine Fraktion im Unterausschuß "Personal" und bei den bisherigen Ausschußberatungen eine andere Linie verfolgt habe. Auf der anderen Seite müsse er aber betonen, daß die Fraktionspitze bisher die nötigen Signale, die in einem Spitzengespräch überkommen könnten, vermißt habe. Er persönlich sei überzeugt, daß diese Signale kämen; er würde es sehr bedauern, wenn das nicht der Fall wäre. Es gebe jedoch einen Fraktionsbeschluß, an den alle Mitglieder seiner Fraktion gebunden seien.

Einzelplan 03 - Innenministerium

Ergebnis des Berichterstattegesprächs	Vorlage 12/303
Bericht des	
- Ausschusses für Innere Verwaltung	Vorlage 12/409 (Neudruck)
- parlamentarischen Kontrollgremiums	Vorlage 12/410
- Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung	Vorlage 12/411

Zu: Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes (Vorlage 12/410)

Vorsitzender Leo Dautzenberg stellt fest, in dem - soeben verteilten - Bericht über das Ergebnis der Beratung des parlamentarischen Kontrollgremiums vom heutigen Vormittag heiße es: "Die Vertreter der CDU-Fraktion konnten aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen." Er empfehle, diese Vorlage zurückzustellen und in die Beratungen zur dritten Lesung einzubeziehen.

Reinhold Trinius (SPD) wendet ein, der Haushalts- und Finanzausschuß könne nicht gut Einzelplan 03 abschließend behandeln, aber eine Sache völlig offenlassen.

Hier gehe es nicht um den Haushaltsansatz, sondern um den im Kontrollgremium beratenen Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes, entgegnet **Vorsitzender Leo Dautzenberg**. Er meine, daß ein so kurzfristig vorgelegter Bericht nicht einbezogen werden könne.

Den Sinn dieses Vorschlags vermag **Stefan Frechen (SPD)** nicht nachzuvollziehen. Der Haushalts- und Finanzausschuß könne den Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes ohnehin nicht im Detail diskutieren, und das parlamentarische Kontrollgremium werde nicht noch einmal tagen. Praktisch laufe es also nur auf eine Kenntnisnahme hinaus. Er frage sich von daher, welche Einsichten dem Haushalts- und Finanzausschuß bis zur dritten Lesung noch zuwachsen könnten.

Vorsitzender Leo Dautzenberg stellt klar, er wüßte gerne, warum die Vertreter der CDU-Fraktion an der Sitzung des Kontrollgremiums nicht teilgenommen hätten und ob sie mit dem Wirtschaftsplan einverstanden seien.

Helmut Diegel (CDU) bittet, dem Vorschlag des Vorsitzenden zu folgen, zumal der möglicherweise entstandene Eindruck, daß die Vertreter der CDU-Fraktion aus selbst zu verantwortenden Gründen an der Sitzung des Kontrollgremiums nicht teilgenommen hätten, nicht zutrefte. Nachdem frühere Termine von Vertretern der SPD und der GRÜNEN nicht hätten wahrgenommen werden können, seien heute die CDU-Mitglieder Paus und Dr. Klose aufgrund eines auswärtigen Termins verhindert gewesen. Er bitte, die gemeinsame Basis nicht kaputtzumachen.

Stefan Frechen (SPD) erklärt daraufhin die Bereitschaft, dem Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden zu folgen.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ergebnis des Berichterstattergesprächs

Vorlage 12/306

Bericht des

- Ausschusses für Wissenschaft
und Forschung

Vorlage 12/417

Im Zusammenhang mit Antrag 4 (Vorlage 12/519) beanstandet **Peter Bensmann (CDU)**, daß erstmals bei Anträgen Ausgaben und Einnahmen nicht klar gegenübergestellt würden. Er halte eine solche Gegenüberstellung jedoch für notwendig, wenn der Ausschuß wissen solle, worüber dieser beschließe.

Dem hält Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) entgegen, daß dies nur richtig sein könne, wenn am Ressortprinzip absolut festgehalten werden solle. Die Anträge der Koalitionsfraktionen würden jedoch weitgehend global über alle Einzelpläne hinweg gedeckt. Der Addition der Anträge auf Mehrausgaben könnten addiert die Einsparanträge gegenübergestellt werden, die beide eine Summe von etwa 208 Millionen DM umfaßten. Hinzugerechnet werden müßten noch die Auswirkungen der Anträge zum Einzelplan 01. Trotz dieser globalen Deckung handele es sich um ein geordnetes Verfahren.

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ergebnis des Berichterstattergesprächs

Vorlage 12/307

Bericht des

- Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge Vorlage 12/418
- Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie Vorlage 12/420
- Ausschusses für Migrationsangelegenheiten Vorlage 12/462

Zu: **Antrag 7 (Vorlage 12/507)**

Die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu dem CDU-Antrag, legt Reinhold Trinius (SPD) dar, gehe darauf zurück, daß für die Titelgruppen 88 und 89 über Baransätze und Verpflichtungsermächtigungen hinreichend Vorsorge getroffen worden sei. In dem einen Fall, in dem eine Nachbesserung erforderlich erschien, sei eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung über einen Beschluß im Fachausschuß beschlossen worden.

b) Schlußberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Ergebnis des Berichterstattergesprächs Vorlage 12/312

Vorlage 12/256 (Erläuterungen)

Zu: **Heimatauskunftsstellen - Kapitel 12 630**

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) fragt bezugnehmend auf seine Anfrage während der Klausurtagung - *siehe APr 12/159 Seiten 17 und 18* -, inwieweit sich das Finanzministerium zwischenzeitlich informiert habe, ob die aus der Nazizeit stammende Bezeichnung "Litzmannstadt" für Lodz verzichtbar sei. - **MR Hollender (FM)** erläutert, die Formulierung stamme aus der ersten Verordnung zum Feststellungsgesetz, die seitens des Landes nicht geändert werden könne. Er sage aber zu, im Reindruck des Haushalts 1996 lediglich auf diese Verordnung zu verweisen, so daß die jetzige Formulierung somit entfalle.

gez. Dautzenberg
Vorsitzender

2 Anlagen

17.04.1996/22.04.1996

245